

Protokoll der Sitzung des Fachausschusses „Umwelt, Lärm und Gesundheit“

Sitzungstag:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:	Sitzungsort:
20.04.2026	16:30 Uhr	18:42 Uhr	Ortsamt Hemelingen, Sitzungsraum 1. Etage Godehardstraße 19

Vom Ortsamt

Marc Liedtke

Vom Fachausschuss

Berfin Ataç
Ralf Bohr für Kerstin Biegemann
Manfred Günther
Heinz Hoffhenke
Cornelia Schelter

Gäste / Referent:innen

Frank Becker (DEUTAG)
Bernhard Brennecke (DEUTAG)
Cord Findeisen (Gewerbeaufsicht)
Anette Ponten (UBB)
Thomas Knode (SUKW)

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.01.2026

TOP 2: Geruchsbelastungen durch die Firma Deutag

dazu eingeladen: deutag, Gewerbeaufsichtsamt Bremen

TOP 3. Baum- und Strauchpflanzungen in Straßen mit vielen Leitungen, Fällungen von Bäumen wg. Verkehrssicherheit

dazu eingeladen: SUKW und UBB

TOP 4: Verschiedenes

Marc Liedtke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Fachausschussmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser mit der genannten Änderung als Tagesordnung beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.01.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 26.01.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen:

005-2026-ULG Beschluss Gänseproblematik Mahndorfer See

Das Ortsamt hat noch keine Antwort erhalten und hat diesbezüglich noch einmal bei der zuständigen Behörde nachgefragt.

006-2026-ULG Streifenbefahrung Ahlringstraße

Antwort SIS vom 28.01.:

[...]

Wir werden die Polizei bitten, die Streifentätigkeit im dortigen Bereich unter Berücksichtigung der Einsatzlage auf Grund der vielfachen illegalen Müllablagerungen neu zu bewerten. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die Polizei nicht die Aufgaben privater Eigentümer im Stadtgebiet übernehmen kann und wird. Wie sie mir telefonisch mitteilten, haben Sie bereits den Eigentümer hierzu kontaktiert. Das begrüßen wir ausdrücklich.

008-2026-ULG Beschluss Ärztliche Versorgung im Stadtteil

Marc Liedtke trägt die Antwort der SGFV vom 16.02.2026 vor. (Anlage 1)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ambulante ärztliche Versorgung in der Verantwortung der kassenärztlichen Vereinigung liegt. Sie haben die regionalen Gegebenheiten zu prüfen und Planungsentscheidungen zu treffen. Derzeit arbeitet die Bundesregierung an einer grundlegenden Reform zur Stärkung der Primärärzteversorgung. Die Senatorin ist darüber hinaus aktiv, Prozesse beim Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse von Ärzt:innen und Pflegefachpersonen zu optimieren und diese zu beschleunigen.

009-2026-ULG Schaffung eines Naturschutzgebietes Weseraue

Antwort SUKW vom 11.03.:

[...]

die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft bereitet aktuell das Verfahren zur Festsetzung verschiedener Schutzgebiete (Landschaftsschutzgebiet sowie Naturschutzgebiete) vor.

Am 17. März 26 wird hierzu ein Auftaktreffen mit den maßgeblichen TÖBs durchgeführt, bei dem nicht nur die Ortsamtsleiter der Bezirke Obervieland und Hemelingen zugegen sein werden, sondern auch die Landwirtschaftskammer und der Bauernverband sowie die anerkannten Naturschutzvereinigungen.

Marc Liedtke berichtet, dass der OAL an der Anhörung am 17.03. teilgenommen hat und den Beschluss des Beirats vorgetragen hat.

Nachfrage beim NABU zu Kabeln unter Bäumen

Antwort Dorothee Meier vom NABU vom 28.01.:

[...]

vielen Dank für die Anfrage und eine Entschuldigung meinerseits für die späte Antwort. Dank auch für die Klarstellung, mir das Thema schon die ganze Zeit so vorgekommen, als fehlten mir irgendwelche Infos.

Eine schöne, einfache Antwort habe ich leider trotzdem nicht parat. Der NABU fordert generell, die Versiegelung auf Netto-Null zu bringen, besser noch in der Bilanz zu entsiegeln. Versiegelte Straßenfläche in Baumscheiben umzuwandeln, hat deshalb unsere volle Unterstützung! Infrastrukturplanung an sich ist aber nicht Aufgabe des NABU. Ob sich anderswo Lösungen für das Problem ergeben haben, werde ich beim Bundesverband mal versuchen herauszufinden, kann aber etwas dauern.

Eine weitere NABU-Forderung, insbesondere in Zusammenhang mit der EU-Wiederherstellungsverordnung ist, Naturschutz - bis in die kleinste Einheit - grundsätzlich mitzudenken. Hier liegt - vermute ich - das eigentliche Problem: Straßenbegleitgrün wurde bisher meist eher nicht als eigenständiger und/oder gleichberechtigter Punkt mitgedacht,

kein oder zu wenig Platz dafür eingeplant, schon gar nicht Erweiterung. Jetzt wird nachträglich versucht zu reparieren. Ich fürchte, das ist ein langwieriger Prozess.

Einfach mal eine Idee: Das Problem bei Bäumen - so wichtig sie sind - ist ja ihre Langlebigkeit und die lange Dauer, die ihre Etablierung braucht. Sträucher, Stauden- und Wiesenflächen sind zwar etwas weniger wirksam, aber schneller. Lassen sich nicht evtl. Kompromiss- der Stufenlösungen finden mit sozusagen Ansage/Vorbehalt ...? Sie beschatten weniger, kühlen aber ebenso durch Verdunstung, Boden wird entsiegelt, Biodiversität im Vergleich zum Ausgangszustand verbessert - auch wenn es (nur) der halbe Weg ist.

TOP 2: Geruchsbelastungen durch die Firma Deutag

Cord Findeisen berichtet, dass die Anlagen der Firma Deutag regelmäßig durch die Gewerbeaufsicht überprüft werden. Zu Beginn des Jahres sei eine vereinzelte Beschwerde aufgrund von Geruchsbelästigungen eingegangen. In der Folge sei das Umweltgutachten vorzeitig durchgeführt worden. Die maßgeblichen Grenzwerte seien dabei durchgehend eingehalten worden.

Bernhard Brennecke führt aus, dass die Betonanlage zwischenzeitlich erneuert worden sei. Darüber hinaus beabsichtige das Unternehmen, die eingesetzte Recyclingtechnologie weiterzuentwickeln. Hinsichtlich der Geruchsbelästigungen werde derzeit geprüft, welche konkrete Quelle hierfür verantwortlich sei, was bislang noch nicht abschließend festgestellt werden konnte. Dieses Thema solle jedoch weiter bearbeitet werden. Hinweise aus der Bevölkerung in Hemelingen würden ausdrücklich begrüßt; entsprechende Meldungen könnten an die Gewerbeaufsicht gerichtet werden, sowohl telefonisch als auch per E-Mail. Alternativ bestehe die Möglichkeit, sich direkt an Herrn Brennecke zu wenden. Die entsprechenden Kontaktdaten lägen bei Marc Liedtke vom Ortsamt vor.

Frank Becker ergänzt, dass sich die Beschwerdelage differenziert darstelle. Insbesondere sei zu klären, welche Quellen zu den sogenannten Jahresgeruchsstunden beitragen. Auch er betont, dass die geltenden Grenzwerte stets eingehalten worden seien. Der Ausschuss werde erneut eingeladen, das Unternehmen zu besuchen und sich vor Ort ein Bild vom Produktionsprozess zu machen. Bei etwaigen Auffälligkeiten oder Irritationen werde um eine zeitnahe Rückmeldung gebeten, um diese im Hinblick auf Zeitpunkt, Ort und Umstände auswerten und entsprechende Rückschlüsse auf die Anlagen ziehen zu können. Das Unternehmen nehme die Hinweise sehr ernst und gehe diesen konsequent nach.

Ergebnis: Das Ortsamt koordiniert zeitnah einen Vor-Ort Termin.

TOP 3. Baum- und Strauchpflanzungen in Straßen mit vielen Leitungen, Fällungen von Bäumen wg. Verkehrssicherheit

Anette Ponten führt aus, dass Sträucher im Vergleich zu Bäumen ein abweichendes Wuchsverhalten aufweisen und ihre Wurzeln ebenfalls tief in den Boden reichen. Dies führe insbesondere im Straßenraum zu Problemen bei der Gewährleistung der Verkehrssicherheit. Zudem sei die Pflege von Sträuchern aufwendig und stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum erzielten Nutzen. Bäume böten demgegenüber deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten, weshalb Sträucher aus ihrer Sicht keine gleichwertige Alternative darstellten.

Thomas Knode verweist in diesem Zusammenhang auf das Handlungskonzept Stadtbäume, das zwei zentrale Handlungsfelder umfasst: den Erhalt des Altbaumbestandes sowie die Erhöhung des Anteils an Straßenbäumen. Die hierzu erforderlichen Abstimmungen mit den

Leitungsträgern seien bereits weit fortgeschritten und bildeten eine gute Grundlage für weitere Maßnahmen. Zudem stünden inzwischen neue technische Möglichkeiten zur Verfügung, etwa die Pflanzung von Bäumen in unmittelbarer Nähe zu Leitungen oder sogar über Leitungen hinweg sowie der Einsatz von Ummantelungen für Leitungen. Auch im Bereich der Pflanzmethoden habe es Weiterentwicklungen gegeben. Der Sicherheitsabstand Baum - Leitungen beträgt nur noch 1 bis 1,5 Meter.

Vor diesem Hintergrund bestehe keine Notwendigkeit, auf kleineren Flächen auf Strauchpflanzungen auszuweichen. Seitens des Ausschusses wird angeregt, im Falle einer Anpassung der Abstandsregelungen für Baumpflanzungen eine Neubewertung potenzieller Flächen vorzunehmen und zusätzliche Standorte zu identifizieren.

Thomas Knode ergänzt, dass sich der Baumbestand in Bremen kontinuierlich erhöhe und bereits von 70.000 auf 74.000 Bäume angewachsen sei. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Umweltbetrieb Bremen (UBB) personell und organisatorisch derzeit nicht in der Lage sei, mehr als etwa 700 bis 1.000 Bäume pro Jahr neu zu pflanzen.

Ergebnis: Im Kontext der Entsiegelung öffentlicher Flächen wird das Ortsamt gebeten, die im Fachausschuss Bau und Klimaschutz erstellte Liste entsprechender Flächen an Anette Ponten und Thomas Knode zu übermitteln. Ebenso soll die Nachpflanzungsliste zur Querverbindung Ost in Hastedt zur Verfügung gestellt werden, um gegebenenfalls eine erneute Bewertung im Hinblick auf die Abstandsregelungen vornehmen zu können.

TOP 4: Verschiedenes

Vorschlag aus GFA 4.2.2026

Thema Spielsucht/Globalmittelanträge/Werbung für Wetten

Nach eingehender Diskussion verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, das Thema auf die Themenliste des Ausschusses zu setzen und Ende des Jahres zur Ausschreibung der Globalmittel 2027 wieder aufzurufen. Es gibt den Vorschlag, das Thema vorher noch einmal im Fachausschuss ULG zu behandeln.

Der Ausschuss regt an, unter dem Themenbereich „Globalmittel“ auf der Website eine entsprechende Formulierung zu veröffentlichen, die sich inhaltlich und strukturell an dem bereits vorhandenen Text zum Mindestlohn orientiert.

Zudem weist der Ausschuss darauf hin, dass der Beschluss aus der Sitzung vom 26.01. bislang seitens der zuständigen Behörde nicht beantwortet worden ist. Marc Liedtke wird gebeten zu prüfen, ob im Ortsamt zwischenzeitlich eine entsprechende Rückmeldung eingegangen ist und diese gegebenenfalls nachträglich an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten. Sollte noch keine Antwort vorliegen, wird das Ortsamt gebeten, erneut bei der zuständigen Behörde nachzufassen und an die ausstehende Stellungnahme zu erinnern.

Ergebnis: Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst die ausstehende Rückmeldung der zuständigen Behörde abzuwarten. Im Anschluss soll das Thema erneut aufgegriffen und weiter beraten werden.

Krähenpopulation

Marc Liedtke berichtet, dass bislang keine Rückmeldung der Oberen Naturschutzbehörde zur Frage eines möglichen Einsatzes eines Falkners im Ortsamt eingegangen ist. Jörn Hermening habe bereits im Januar sowie erneut im März versucht, Kontakt aufzunehmen. Marc Liedtke habe darüber hinaus am heutigen Tag einen weiteren Kontaktversuch unternommen.

Ergebnis: Das Ortsamt teilt der Bürgerantragstellerin mit, dass der Ausschuss Verständnis für ihre Situation hat und im Rahmen seiner Zuständigkeiten alle verfügbaren Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass der Ausschuss nichts an der in Bremen geltenden Rechtslage ändern kann.

Aus dem GFA 25.03.2026:

Müll nach Flohmarkt am Hansa-Carrè

Im Umfeld des Flohmarkts sind nach den Veranstaltungen wiederholt erhebliche Vermüllungen festzustellen.

Der Beirat hat hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst. In Umsetzung dessen hat sich das Ortsamt an die Breminale GmbH gewandt mit der Bitte, auf eigene Kosten zusätzliche Großcontainer bereitzustellen.

Marc Liedtke berichtet, dass hierzu bereits eine Rückmeldung der Breminale GmbH im Ortsamt eingegangen ist. Demnach wurden Container aufgestellt; von der Einrichtung weiterer Container werde jedoch abgesehen, da befürchtet wird, dass dies zusätzliche Vermüllungen außerhalb des Flohmarktbereichs begünstigen könnte.

Abschließend stellt Marc Liedtke die Frage an den Ausschuss, ob das Thema Abfallproblematik grundsätzlich noch einmal in einem größeren, übergreifenden Zusammenhang beraten werden soll.

Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschlussvorschlag gefasst:

Der Beirat Hemelingen stellt folgende Informationsanfrage an die Bremer Stadtreinigung:

1. Zum Thema Abfallbehälter:

Wie wird sichergestellt, dass Anzahl und Größe der Mülltonnen dem tatsächlichen Bedarf der Haushalte entsprechen?

Wie wird die tatsächliche Belegung eines Haushalts ermittelt und berücksichtigt?

2. Zum Thema Gebühren an Recycling-Stationen:

Inwieweit wurden die Gebühren überprüft oder angepasst, um Anreize für eine ordnungsgemäße Entsorgung zu schaffen?

Erläuterung:

Zu 1. Die Frage bezieht sich auf die Einwohnermeldedaten. Werden diese abgestimmt?

Zu 2. Menschen, die nur eine kleine Menge zusätzlichen Restmüll bspw. 1 Kg abgeben wollen, müssen die auch 9,00 € zahlen oder kann die Bremer Stadtreinigung für diese Fälle kleinere Einheiten in der Gebührenordnung anbieten und damit die Kundenfreundlichkeit erhöhen?

Stellungnahme: Zustimmung (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Themenspeicher:

- Lärmschutzmaßnahmen Autobahnzubringer Hemelingen

- Kleingartenentwicklungsplan (wird 2026 fertig)
- JDE – wenn Ergebnisse des Tests und weitere Informationen vorliegen
- Verbreitung Invasiver Arten
- Glücksspielstaatsvertrag – wenn er neu aufgestellt ist.

Themen für die nächste Sitzung des Fachausschusses am 24.08.2026

Das Thema Müll soll auf der kommenden Ausschusssitzung noch einmal behandelt werden. Dazu sollen die Bremer Stadtreinigung, das Ordnungsamt und das Einwohnermeldeamt eingeladen werden. Zur Einladung soll die Fragestellung des Beschlusses mitgeschickt werden.

Ralf Bohr erkundigt sich nach dem Tagesordnungspunkt Invasive Arten. Gab es zu diesem Thema bereits eine Antwort? Ansonsten schlägt er vor, das Thema auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung zu setzen.

Das Ortsamt wird der Frage nachgehen und ggf. die zuständige Behörde einladen.

gez. Liedtke
Sitzungsleitung und Protokoll

gez. Schelter
Sprecherin